

Vortrag Runder Tisch Altstätten, 29. März 2008

von Dr. Alfred Burger, Kilchberg

In allen Kantonen stehen Debatten über den Beitritt zum Konkordat HarmoS an. Gegen die Beschlüsse einiger Kantonsparlamente, diesem Konkordat beizutreten, haben nun aber Bürgerinnen und Bürger Referenden ergriffen. Sie wollen nicht, dass ein zentralistischer Apparat in die Hoheit der Kantone eingreifen kann. Die Politiker, die HarmoS verteidigen, werden nicht müde zu beteuern, dass diese interkantonale Übereinkunft lediglich festhalte, was schon in den in verschiedenen kantonalen Volksschulgesetzen per Abstimmung verankert sei. Einschulung, Tagesstrukturen etc. Wozu sich noch dagegen wehren? Die Frage stellt sich, ob mit HarmoS - zusammen mit dem vom Volk klar angenommen eidgenössischen Bildungsartikel - nicht die Schulhoheit der Kantone mit der Zeit einem Zentralismus weichen soll, mit dem bis heute undenkbar Entwicklungen in der ganzen Schweiz durchgesetzt werden können.

Die Schweiz hat internationale Verträge unterschrieben – ohne das Volk zu fragen

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, wenn wir uns in Erinnerung rufen, was für internationale Verträge die Schweiz in der kürzeren Vergangenheit unterschrieben hat.

A. **WTO - Verträge** (=Welthandelsorganisation). Mit diesen Verträgen, die vom Parlament verabschiedet wurden und gegen die das fakultative Referendum nicht zustande kam (ehrliebe Parlamentarier hätten solch weitreichende Verträge dem obligatorischem Referendum unterstellen müssen), hat sich die Schweiz verpflichtet, Handelshemmnisse abzubauen, die den freien Waren- und Geldverkehr behindern könnten. Unser föderalistisches System kann ein solches Handelshemmnis sein. Diese WTO Verträge sind für die Durchsetzung der Globalisierung unabdingbar.

B. **WTO / GATS - Verträge** (=Freier Handel mit Dienstleistungen). Diese Verträge wurden von der Schweiz ohne das Volk zu befragen unterzeichnet und sind seit dem 1.1.1995 in Kraft. Sie verpflichten die Staaten, Dienstleistungen, die bis anhin von der Öffentlichkeit getragen wurden, für private Firmen zu öffnen. Man bezeichnet das als Liberalisierung oder Privatisierung. Zu diesen Dienstleistungen gehören Bildung, Post, öffentlicher Verkehr, Gefängniswesen, Gesundheitswesen, Strassenwesen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung usw. Wir erleben in unserem Lande im Moment die schrittweise Privatisierung der Post, des Strommarktes und des Gesundheitswesens. Vor kurzem wurde durch die Presse bekannt, dass die Gemeinde Windisch AG ihr Wasserwerk an einen deutschen Stromkonzern verkaufen will.¹ Die Gemeinde hat Schulden und will ihren Haushalt mit diesem Verkauf sanieren. Geködert wird sie mit niedrigeren Strompreisen, wobei schon bekannt ist, dass diese nach einigen Jahren mindestens um 25% steigen werden. Dazu würden allerdings die Bürgerinnen und Bürger nichts mehr zu sagen haben, wären sie dann doch vollkommen abhängig von einer privaten Firma. Blicken wir über die Grenzen, sehen wir diesen Prozess der Privatisierung in einem viel fortgeschritteneren Stadium. Viele deutsche Städte haben ihre Wasserwerke an private Konzerne verkauft, ganze städtische Liegenschaften wurden an amerikanische Immobilienkonzerne verkauft, vier grosse Gesundheitskonzerne kaufen öffentliche Spitäler auf usw. Nach den Erfahrungen in den angelsächsischen Ländern sinkt bei der Privatisierung die Qualität der Versorgung und wird – nach einer Anfangszeit mit günstigen Preisen – teurer und teurer. Alles muss schliesslich Rendite abwerfen, die Aktionäre wollen zufriedengestellt sein, die Verwaltungsräte dicke Saläre einstreichen.

Kurz: die Privatisierung ehemals rein der Öffentlichkeit vorbehaltener Bereiche schreitet mit Riesenschritten voran. Bereits werden in Deutschland Gefängnisse von privaten Firmen betrieben. Wann wird die Privatisierung auch noch andere Bereiche erfassen? An einigen Orten beginnen sich allerdings die Menschen zu wehren. Sie verhindern mit Bürgeraktionen den weitem Verkauf öffentlicher Einrichtungen, weil sie beginnen, die negativen Folgen der Liberalisierung zu sehen.

¹ Boos, S. Der Kampf um die Steckdose. In: WOZ. Die Wochenzeitung, 20.3.2008.

Privatisierte Bildung?

In unserem Zusammenhang interessieren wir uns, ob diese Tendenz auch die Schule und im weiteren Zusammenhang unser gesamtes Bildungssystem erfassen kann.

Seit dem Scheitern der letzten WTO Runde hat sich die Privatisierung des Bildungsmarktes etwas verzögert. Das heisst aber nicht, dass am Ziel einer Öffnung des Bildungsmarktes nicht weiter festgehalten wird. So haben 2001 anlässlich der Vorbereitungsrunde der WTO in Genf bereits 40 Staaten, darunter alle EU Länder, ihre Bildungssysteme zur Privatisierung und damit für die Übernahme durch Bildungsunternehmen angeboten.² In diesem Zusammenhang musste Bundesrat Couchepin auch zugeben, dass die Schweiz weitgehende Zugeständnisse in diesem Bereich gemacht hat: „Bereits heute gehört die Schweiz zu jenen Staaten, die beim GATS am meisten Verpflichtungen hinsichtlich Dienstleistungen im Bildungsbereich eingegangen sind.“³

Aufgrund dieser Verträge ist Schweiz verpflichtet, Handelshemmnisse abzubauen, damit die Privatisierung nicht behindert werden kann. Unser demokratisch und föderalistisch aufgebautes Schulsystem bildet ein solches Hindernis, kann doch eine Kantonsbevölkerung direkt Einfluss auf nicht gewünschte Tendenzen nehmen. Das ist nach einem Beitritt zu HarmoS nicht mehr möglich, einzelne Kantone dürfen dann in ihren Volksschulgesetzen nichts mehr ändern, was der Konkordatsvereinbarung zuwiderläuft.⁴ Nur mit einer schleichenden Zentralisierung – wäre sie zu offensichtlich, würden die Bürgerinnen und Bürger nicht mitmachen – wird es möglich sein, die eingegangenen Verpflichtungen dereinst zu erfüllen. Unser demokratisches, föderalistisches System, das auf allen Ebenen für das Volk demokratische Einflussmöglichkeiten kennt, muss deshalb in kleinen Schritten, für das Volk möglichst nicht merkbar, abgebaut werden. Wir stecken mitten in diesem Prozess. Im Kanton Zürich und wohl auch in vielen anderen Kantonen hat der langsame Abbau demokratischer Rechte im Schulwesen bereits eingesetzt. So wurden demokratisch gewählte Gremien wie die Bezirksschulpflege abgeschafft und die Volksschule direkt der Bildungsdirektion unterstellt. Über die Schulleiter hat die Direktion, wie sich selbst nennt, nun direkten Einfluss auf jedes einzelne Schulhaus. Die gleiche Direktion überprüft auch die Qualität der Schulen und gibt gerade auch noch vor, was sie unter Qualität versteht. Diese Machtanhäufung bei einer einzigen Verwaltungsstelle ermöglicht ihr, geplante Veränderungen rasch durchzusetzen. Dem Volk ist jede Einflussnahme auf ihre Schule weggenommen worden. Statt demokratischer Kontrolle haben wir im Kanton Zürich nun professionelle Qualitätskontrolleure, die den Schulen im Kanton vereinheitliche Qualitätsprüfungen überstülpen wollen. Ziel ist es natürlich, dass diese Standards dereinst in allen Kantonen verbindlich werden, was mit HarmoS leicht durchzusetzen sein wird.

Woher kommen diese Veränderungen?

Es ist die Terminologie europäischer Bildungsverantwortlicher, die sich immer mehr in unserem Lande ausbreitet. Darum erstaunt es auch nicht, dass im Lehrplan des Kantons Zürich direkt darauf hingewiesen wird, dass dessen Nachführung sich an den Vorgaben des Europarates orientiert.⁵

Wenn man eine Antwort erhalten will, wie die Privatisierung oder Liberalisierung im Schulbereich aussehen könnte, lohnt es sich, einen Blick in angelsächsische Länder zu werfen, insbesondere in die USA. Dort hat Privatisierung des Bildungswesens schon länger Fuss gefasst. So managte 1996 die Bildungsfirma EDISON schon 60 Schulen mit über 40'000 Schülern. Die Firma stellt die Lehrmittel zur Verfügung, organisiert die Fortbildung der Lehrer und bestimmt natürlich auch die Ausrichtung ihrer Schulen. Nach den Untersuchungen von Professor Steiner-Khamsi breitet sich die Privatisierung im Schulwesen immer von oben nach unten aus. Zuerst werden die Universitäten, dann die Fachhochschulen, die Mittelschulen und schliesslich die Volksschulen liberalisiert.⁶ In der Schweiz sind nach der Bologna-Reform unsere Universitäten weitgehend nach amerikanischem Vorbild umgestaltet worden und funktionieren wie auch die Fachhochschulen bereits als Unternehmen. Sie nehmen Aufträge von privaten Firmen, bearbeiten sie mit den Studenten und verkaufen ihre Leistungen an die Privatwirtschaft oder an die öffentliche Hand. Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse können sie patentieren lassen und mit diesen Patenten

² Vgl. „Ausverkauf des Service public befürchtet“. In: Neue Luzerner Zeitung, 20. März 2001

³ Bundesrat Couchepin antwortet auf Bedenken. In: Pressemitteilung vom 31.1. 2001 auf www.evd.admin.ch

⁴ Vgl. Kantonales Bürgerkomitee „Nein zu HarmoS-Konkordat“. In: Nein-zu-HarmoS.ch

⁵ Vgl. Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich, überarbeitete Fassung gemäss BRB vom 3.10.2000. S. 167.

⁶ Vgl. Steiner-Khamsi, G. Szenario 2000 zur wirkungsorientierten Schulreform. In: VPOD Magazin 108/98.

Geld verdienen. Von einer Freiheit der Lehre oder der Forschung kann also keine Rede mehr sein. Universitäten und Fachhochschulen werden zu Firmen, die von transnationalen Konzernen finanziert werden. Diese bestimmen Inhalte und Methoden in den verschiedenen Fakultäten. So arbeitet gemäss den Untersuchungen von Professor Maria Mies die Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der FH Köln schon länger eng mit *Electronic Arts* zusammen, einem der weltweit grössten Anbieter für gewaltorientierte Computerspiele. Die Universität veröffentlicht „Untersuchungen“, die belegen sollen, dass Gewaltspiele keinerlei Einfluss auf das Verhalten der Konsumenten haben.⁷ „Wes Brot ich ess’ des Lied ich sing“, kann man da nur sagen. Auf der Ebene der schweizerischen Volksschule wird momentan versucht, mit Sponsoring Einfluss auf die öffentlichen Schulen zu nehmen. Nach Steiner-Khamsi ist das immer der erste Schritt zu einer schrittweisen Liberalisierung des Bildungsmarktes. Auch in Europa steht übrigens ein überaus einflussreicher Bildungskonzern in den Startlöchern: Der Bertelsmann-Konzern, in dem der ehemalige Bildungsdirektor des Kantons Zürich, Ernst Buschor, als Berater tätig ist. Bertelsmann ist nicht nur im Bildungsbereich aktiv, auch im Gesundheitswesen nimmt er in Deutschland eine wichtige Stellung bei der Privatisierung der Spitäler ein. Bertelsmann ist Mitbesitzer einer der vier grossen Gesundheitskonzerne in Deutschland. Wer es sehen will, sieht genügend Anzeichen, dass nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch im Bildungsbereich die Zeit nicht mehr fern sein könnte, dass Städte oder ganze Länder, ihr Bildungswesen an Bildungsfirmen verkaufen könnten.

C. Erklärung von Salamanca

Diese Erklärung wurde von der Schweiz im Jahre 1994 unterschrieben. Damit dürfen Kinder mit besonderen Bedürfnissen nicht mehr in speziellen Klassen unterrichtet werden. Alle Kinder müssen die Gelegenheit erhalten, in einer Regelklasse geschult zu werden. Was heute in der ganzen Schweiz umgesetzt werden soll, ist nichts anderes als das Resultat dieser Unterschrift. Das Schweizer Volk wurde dazu nicht befragt. Darum werden nun flächendeckend alle Kinder in die Regelschule integriert. Im Kanton Zürich werden auf 2009 alle Sonderklassen, auch die Einschulungsklassen, aufgehoben. Gemeinden, die Sonderklassen führen wollen, müssen zur Strafe höhere Klassenbestände in Kauf nehmen. Mit diesen Änderungen wird ein bewährtes und ausgefeiltes System gekippt. Selbstverständlich war das System zum Teil zu starr. Es macht durchaus Sinn, auf irgendeine Art behinderte Kinder zu integrieren. Warum aber nun alle Kinder flächendeckend in die Integration zwingen? Damit kann vielen nicht mehr adäquat geholfen werden.

Die Integration zusammen mit der geplanten Einführung der Grund- oder Basisstufe wird dazu führen, dass in einer Klasse leistungs- und altersmässig unterschiedlichste Kinder zusammenkommen. Der gemeinsame Klassenunterricht ist dann nicht mehr möglich. Als Vorbereitung dafür wird schon seit Jahren die Individualisierung des Unterrichts propagiert.

Individualisierung des Unterrichts

Damit ist nicht die individuelle Förderung gemeint. Individualisierung heisst, dass jedes Kind selbst bestimmen soll, was, wann und wie es etwas lernen will. Jedes Kind arbeitet also für sich, nach seinem Tempo, nach seinen Fähigkeiten. Lehrer sind nicht mehr Lehrer, sondern „Lernbegleiter“, „Moderatoren“, „Arrangeure von Lernerlebnissen“. Dieses Zurücknehmen im Lernprozess führt dazu, dass die meisten Kinder in der Leistung nachlassen, nur einige wenige profitieren von diesem „selbstgesteuerten Lernen“. Alle Untersuchungen, die bisher zu diesen Lernmethoden gemacht wurden, zeigen deren Ineffizienz. In unseren Schulen heissen sie Wochenplan, Reisetagebuch, Projektlernen, offener Unterricht usw. Schon vor Jahren hat Professor Günther in umfangreichen Felduntersuchungen nachgewiesen, wie schlecht sich diese Methoden auf den grössten Teil der Schülerinnen und Schüler auswirken.⁸ Mit diesen Methoden wird die Leistungsschere in den Klassen immer grösser. Kürzlich hat einer der „Päpste“ dieser Methoden, der in dicken Büchern die Individualisierung des Unterrichts propagiert hat – Hilbert Meyer -, zugegeben, dass er sich geirrt hätte und er in seinen alten Tagen umdenken müsse.⁹

⁷ Vgl. Mies, M. Verharmlosung von Gewaltspielen muss aufhören. Komplizenschaft der Hochschulen mit der Medienindustrie. In: Zeitfragen Nr. 14. 3/2008.

⁸ Vg. Günther, H. Freie Arbeit in der Grundschule. Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V./Hessischer Elternverein e.V. (Hrsg.) Bonn 1988 und ders. Schüler sollen lernen – aber wie? In: die neue schulpraxis 3/1992.

⁹ Felten, M. Lernen ohne Lehrer. Eigenverantwortliches Lernen in der Schule. In: Südwestfunkfunk, SWR2, Wissen-Manuskriptdienst, 9.2.2008, 08.30 Uhr.

Auch England hat jahrzehntelange Erfahrungen mit individualisierenden Methoden: Mit den gleichen Resultaten. Die wissenschaftlichen Ergebnisse vieler Studien zu den Erfahrungen in England wurden von R. Alexander und seinen Mitarbeitern, den sogenannten „Three wise men“ zusammengetragen.¹⁰

Die Lehrer auf solch ineffiziente Methoden einzuschwören geht nicht so einfach. Seit Jahren wird darum in den Pädagogischen Hochschulen hauptsächlich der individualisierende Unterricht propagiert und der geführte Klassenunterricht, dem eigentlich alle Untersuchungen die besten Noten geben, als „Frontalunterricht“ verunglimpft. Alle „Qualitätsmanager“, die heute die Schulhäuser heimsuchen, empfehlen, den Unterricht zu individualisieren. Bis heute hat es nicht so richtig funktioniert. Nun, mit den strukturellen Veränderungen, die vor der Türe stehen, werden die Lehrer einfach dazu gezwungen. Mittels der autonomen Schulen mit Schulleitern mit weitgehenden Machtbefugnissen kann Individualisierung von oben durchgesetzt werden.

Wohin führt das Ganze?

Das Zweiklassensystem, das wir schon im Gesundheitsbereich immer deutlicher zu spüren bekommen, wird sich auch in den öffentlichen Schulen ausbreiten.

Bildungsartikel, HarmoS und die weiteren Schritte, die geplant, aber nicht bekannt sind, werden dazu dienen, die Bildungshöhe der Kantone schrittweise abzubauen, damit die schweizerischen Schulen im Gleichschritt mit der Europäischen Gemeinschaft auf das geplante niedrige Bildungsniveau hinunternivelliert werden können. Eine kleine Elite (die an Elitegymnasien und Eliteuniversitäten ausgebildet wird), soll wohl in Zukunft auch in unserem Lande eine ungebildete Masse führen – etwas, was in den USA heute schon Realität ist. Unsere Volksschule hatte bis heute nicht nur die Funktion, Kinder in die Bildung einzuführen und sie für einen Beruf vorzubereiten, sondern sie war auch Modell für das demokratische Zusammenleben in einer grösseren Gemeinschaft. Sie bildete Kinder und Jugendliche zu mündigen Staatsbürgerinnen und –bürgern heran, die als Erwachsene in einem föderalistischen demokratischen Gemeinwesen mitmachen und mitbestimmen können. Ob das in Zukunft mit den geplanten Veränderungen noch möglich ist, kann sich der geneigte Leser selbst ausmalen. Oder steht hinter der ganzen Entwicklung vielleicht genau diese Absicht?¹¹

Pädagogische Überlegungen können wohl nicht hinter diesen strukturellen Reformen stehen; es geht offensichtlich in erster Linie um politische Erwägungen.

¹⁰ Alexander, R./Rose, J./Woodhead, C.: Curriculum Organisation and Classroom Practice in Primary School. Departement of Education and Science. London 1992. Vgl. auch: Burger, A. Englands „Drei weise Männer“ und die Schulreformen in der Schweiz. In: Neue Zürcher Zeitung, Bildung und Erziehung, März 1993, Nr. 85.

¹¹ Die genauen Hintergründe über die bereits durchgeführten und geplanten Veränderungen sind nachzulesen in: Burger, A. Was ist mit unseren Schulen los? 25 Jahre Schulreformen in der Schweiz. Komitee für eine demokratische Volksschule, Zürich 2001. Die Schrift gibt auch Hinweise, wie pädagogisch sinnvolle Reformen aussehen könnten.